

Sresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bestandteile: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25241
Für die Redaktion: Nr. 25241
Schiffstraße 1. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. 1. Marienstraße 24/25

Bezugspreis vom 1. März 1930 bei täglicher Zustellung bei Post 1,70 RM.
Bezugspreis für Monat März 5,10 RM. einschließlich 20 % Wertschlagsteuer.
Stammnummer 10 RM. außerhalb Dresdens 15 RM. Bezugspreis: Die Anzeigen werden nach
Gewicht berechnet: die einseitige 20 mm breite Seite 25 RM., für auswärts 40 RM. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 RM., auswärts 25 RM., die 20 mm breite Rahmenzeile
200 RM., auswärts 250 RM. Effektengröße 20 RM. Wöchentliche Beiträge gegen Vorauszahlung

Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Weißhof-Str. 1066 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schreibstücke werden nicht aufbewahrt

KONDITOREI
Limberg
Prager Straße 10

Empfehle mein anerkannt vorzügliches
Kaffeegebäck
in reicher Auswahl

Teegebäck in großer Auswahl

Drucksachen für Handel und Gewerbe
in moderner Ausführung erhalten Sie durch die
Graph. Kunstanstalt Liepsch & Reichardt
Marienstraße 38/42 / Fernruf-Sammelnnummer 25241

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 18777

Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Moldenhauers Steuerpläne

Das Notopfer begraben

Berlin, 5. März. (Eig. Drahtmeld.) Von ausländischer Seite wurden heute die ersten authentischen Mitteilungen über den Etat, das Sanierungsprogramm und die sonstigen Ergebnisse der Einigung im Kabinett gemacht. Danach hat das Kabinett folgende Beschlüsse gefasst und diese als Gesetzesvorlagen zum Teil sofort dem Reichsrat zugeleitet:

1. Der Etat von 1931 muß in seinen laufenden Ausgaben unter dem von 1930 bleiben.
2. Im kommenden Jahre müssen die Steuern um mindestens 600 Millionen Mark gesenkt werden. Insbesondere ist dabei ein Gesetz zur Senkung der Einkommensteuer in Aussicht genommen, das ab 1. April 1931 wirksam werden soll. Das steuerfreie Existenzminimum wird von 1200 auf 1440 Mark pro Person heraufgesetzt. Die Einkommensteuererhöhung soll 12,5 Prozent pro Kopf im Durchschnitt betragen. Dadurch ist dem Differenzialischen Steuerentlastungsprogramm entsprochen. Nur der Termin des Inkrafttretens der Steuerentlastung ist hinausgeschoben, und zwar vom 1. Juli 1930 auf den 1. April 1931.
3. Es ist ein Gesetz beschlossen worden, nach dem in Zukunft, nicht zuletzt wegen der außerordentlich hohen Verwaltungs- und Kosten der Lohnsteuererrückstellung im einzelnen mehr vorgenommen werden soll. Die Lohnsteuererrückstellungsumme des letzten Jahres, die 60 Millionen Mark betrug, wird in Zukunft als Pauschbetrag der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung überwiesen. Auf diese Weise entlastet sich das Reich von einem außerordentlich kostspieligen Verwaltungsapparat, ohne daß die an der Lohnsteuererrückstellung interessierten Kreise als Gesamtheit zu kurz kommen.
4. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer wurde vom Reichskabinett ermächtigt, gemeinsam mit dem Reichsfinanzkommissar ein Ausgabenentlastungsprogramm für Reich, Länder und Gemeinden auszuarbeiten und alsbald dem Kabinett vorzulegen.

Mit dem heutigen Kabinettsrat sind die Arbeiten im Kreise der Reichsregierung hinsichtlich der Sanierung unserer Finanzen- und Rentenverhältnisse vorläufig zum Abschluß gebracht. Der Etat ist schon vor einigen Tagen fertiggestellt worden und geht jetzt dem Reichsrat zu. Man hat sich entschlossen, angeht die allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der sogenannten großen Defizitdeckung, die 270 Millionen Mark betragen sollte, und der sogenannten kleinen (220 Millionen) den Mittelweg zu beschreiten und für die Defizitdeckung 205 Millionen einzusetzen.

Man hat sich hinsichtlich des Etats in jeder Weise bemüht, die Ausgabenlast nach Möglichkeit zu senken. Es hat den Anschein, als ob beträchtliche Posten bereits zusammengestrichen wurden. Auf der anderen Seite war man sich jedoch darüber im Klaren, daß eine Ausgabenentlastung nicht roh von heute auf morgen durchgeführt werden konnte, sondern daß man sie systematisch vorbereiten müsse. Eine Vorbereitung, die vielfach auch mit Gesetzesänderungen verknüpft ist. Das Steuerprogramm steht nun endgültig folgendermaßen aus:

- a) Eine Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent hat der ursprünglich im Differenzialischen Plan vorgesehenen 50 Prozent, um den höheren Betrag den Ländern zur Verfügung zu stellen. Eine Erhöhung der Biersteuer soll 240 Millionen Mark erbringen, von denen 150 Millionen dem Reich und 90 Millionen den Ländern zugutekommen werden.
- b) Eine Erhöhung der Zölle auf Wein um 4 Pf. auf 10 Pf. für das Alter und die Einführung eines Benzozölles von 10 Pf. für das Alter, während Benzol bisher bekanntlich zollfrei eingeführt wurde. Benzin- und Benzolzölle sollen 65 Millionen erbringen, von denen 25 Millionen an die Länder gehen sollen, als Entschädigung für die neue Belastung der Automobilindustrie soll eine Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer um 10 Millionen erfolgen.
- c) Sodann ist bereits eine Erhöhung der Kaffe- und Teezölle erfolgt, die 50 Millionen Mark erbringen sollen.
- d) Die Mineralwassersteuer wird wieder eingeführt, die 40 Millionen erbringt. Diese Steuer soll hauptsächlich den Kommunen für soziale Zwecke zugutekommen.
- e) Die Industriebelastung nach dem Dawesplan wird beibehalten.

Es wird an den zuständigen Stellen bei diesem Posten ein Rechenkontrollat vorgeführt, bei dem man den Eindruck hat, daß selbst diejenigen, die es wissen müßten, nicht mehr genau durchsehen. Die Bank für Industrieobligationen hat bekanntlich die Aufgabe, die der Industrie vom Dawesplan auferlegten Lasten einzutreiben und an den Reparationsagenten weiterzuleiten. Obwohl nun bei Annahme des Youngplans die Bank an sich in Fortfall kommen müßte, will man die Beiträge selbst weitererheben.

Von einer Entlastung der Wirtschaft ist praktisch nicht mehr die Rede.

In dieser Bank selbst war nun durch eine jährliche Aufzahlung von 10 Prozent eine Sicherungsreserve angelegt worden, die jetzt rund 70 Millionen beträgt. Als „schickbares Opfer des Besten“ sollen diese 70 Millionen für die Deckung des Existenzminimums Verwendung finden, und zwar 50 Millionen für die Arbeitslosenversicherung und 20 Millionen für den allgemeinen Etat.

Da das gesamte Defizit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung 100 Millionen beträgt, bleibt noch ein De-

zizit von 50 Millionen übrig. Dieser Betrag soll durch eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. Hier hat man, um das Schifflein der Koalition durch die verschiedenen Parteistimmen hindurchzuführen, zu einer recht verzwickten Doppelsonne gegriffen. Um den volkspolitischen Wünschen, eine gewisse Autonomisierung der Reichsanstalt herbeizuführen, entgegenzukommen, wird es jetzt

nominal der Reichsanstalt überlassen, wie sie das rechtliche Defizit ausgleichen will.

Man hat ihr neben dem schon im Etat festgelegten Zuschuß von 150 Millionen zur Deckung des dann noch übrigbleibenden 100-Millionen-Defizits lediglich als Notstop die 50 Millionen aus dem Reservefonds der Bank für Industrieobligationen überlassen und überläßt ihr es nun, ob sie durch Beitragserhöhung bis zu einem halben Prozent oder durch Leistungsentlastung den Versuch einer Senkung herbeizuführen will. Für den Fall, daß der Vorstand der Reichsanstalt, der parteilich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, zu keiner Einigung kommt, hat sich

das Reichskabinett in jedem Falle das letzte Wort vorbehalten.

um zusammen mit dem Reichstag die ihm notwendig erscheinenden Anordnungen auf dem Wege der Gesetzgebung zu erlassen.

Wenn man nun selbst annimmt, daß durch die Kürzung der Industriebelastung um 20 Millionen (wir wiesen schon weiter oben darauf hin, daß aus dem Reservefonds 20 Millionen auf den allgemeinen Etat kommen sollten, also nicht neu aufgebracht werden müssen) eine geringfügige Entlastung der Industrie eingetreten ist, so wird dies unter anderem durch eine neue Bestimmung hinsichtlich der Kürzung der Stundungsrufen illusorisch gemacht. Kürzung der Stundungsrufen klingt recht harmlos, bedeutet aber nichts anderes als ein

noch rigoroseres Eintreiben der Steuergelder durch die Finanzämter, denn wie könnte man sich sonst erklären, daß das Reichsfinanzministerium im Gefolge dieser Bestimmung auf einen Mehretrag von 30 Mill. RM. hofft. Es gilt festzustellen, daß die Industrie nicht nur, wie man ihr vorgegaukelt hat, entlastet wird, sondern daß man ihr direkt wie indirekt neue, sehr erhebliche Lasten aufbürdet.

Der Notopfergedanke ist endgültig begraben worden.

Dem Reichsfinanzminister selbst ist zusammen mit seiner Partei das Verdienst hierfür zuzuschreiben. Aber nicht nur die Rücksicht auf die Ungerechtigkeiten oder auf die Lage höherer Angestellter und Beamter haben Dr. Moldenhauer zu dieser Haltung bewogen. Man dachte in allererster Linie wohl an die Kapitalisten, die unter solchen rigorosen Besteuerungsmaßnahmen nur noch größer geworden wäre, als sie zum Kummer der deutschen Wirtschaft schon heute ist.

Damit wäre das Ergebnis der krisenschwangeren Beratungen der letzten Tage und Wochen umrissen. Daß auf der rechten niemand damit zufrieden sein kann, erübrigt sich, besonders zu unterstreichen. Zwar ist es den volkspolitischen Kabinettsmitgliedern weitgehend gelungen, das schlimmste, nämlich die von den Sozialdemokraten geplante Erhöhung der direkten Steuern zu verhindern, aber

die Steuerentlastung ist illusorisch geblieben, und eine der dringlichsten Maßnahmen auf diesem Gebiet, die Herabsetzung der Gewerbesteuer, ist gänzlich unterblieben.

Dem Zentrum, das gewisse Forderungen gestellt hatte, ehe es bereit war, zum Youngplan Ja zu sagen, sind seine Wünsche erfüllt worden.

aber wer denkt im Grunde an das eine Jahr? Die Rot brennt der Wirtschaft heute auf den Nägeln, und es blüht ihr praktisch wenig, wenn noch so viele Gesetze gemacht werden, die die Bestimmungen enthalten, daß gewisse Lasten ab 1. April 1931 gesenkt werden sollen. Ist eine solche Politik wirklich geeignet, erschütterndes Vertrauen, verlorene Hoffnungen wiederherzustellen, Unternehmernmut zu wecken, Kapital anzuziehen, sich in Deutschland niederzulassen, wenn nach einem langen Jahre, das noch völlig im Dunkel zukünftiger Entwicklung liegt, einmal diese oder jene Erleichterungen eintreten sollen?

Dem Reichskabinett kam es darauf an, eine Krise an der Schwelle antenpolitischer Entscheidungen zu verhüten

und bisweilen kam sogar der Verdacht auf, daß es nicht ohne Absicht die Deffenlichkeit seit Tagen und Wochen mit Steuer- und Finanzfragen unterhielt. Log es der Reichsregierung zweifellos nicht daran, die Blicke des Volkes von der Schwere der Youngplanentscheidung abzuwenden und auf diese Weise aus der öffentlichen Diskussion alle die Streitfragen verschwinden zu lassen, die sich um den Youngplan und vor allem auch um das Polenabkommen immer mehr verdichtet hatten und die Grundlage dieser Koalition in Frage zu stellen drohten? Nachdem im Kabinett das geschilderte fragwürdige Einvernehmen hergestellt ist, tritt morgen die Außenpolitik mit der zweiten Lesung des Youngplans wieder in ihre Rechte. So wichtig die Finanz- und Rentenentlastungsprobleme sind, ungleich wichtiger ist das, worüber in zweiter Lesung Donnerstag, Freitag und Sonnabend, und in dritter Lesung am kommenden Montag im Reichstag entschieden werden soll.

Die Arbeitslosen

Die Kommunisten rufen heute ihre Anhänger und Mitläufer zum aktiven Kampf gegen die Weltarbeitslosigkeit auf. Unermüdblich stellen sie den größten sozialen Notstand unserer Zeit in den Dienst der revolutionären Propaganda. In allen Versammlungen und Kundgebungen hallt der Kampf gegen den Kapitalismus, gegen „das verruchte, blutsaugerliche System“, dessen unerfüllte Profittäter schuld sein soll an dem Elend der Millionen, für die kein Platz mehr ist in den Stätten der Arbeit. Eine fürchterliche Anklage „zur verstärkten Aufrüttelung und Mobilisierung der proletarischen Massen“. Aber was ist Wahres daran? Inwieweit ist die kapitalistische Wirtschaftsform wirklich verantwortlich für die Erscheinung der Massenarbeitslosigkeit? Das ist die Gewissensfrage, über deren Beantwortung sich die bürgerliche Gesellschaft klar sein muß, damit sie mit gutem Recht von der Staatsgewalt Schutz und Aufrechterhaltung dieses Systems fordern kann.

Man könnte mit einer Ablenkung darauf hinweisen, daß auch die sozialistische Wirtschaftsform in Rußland das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst hat, und daß diejenigen am wenigsten zur Klage berechtigt sind, die in ihrem eigenen Bereich in dieser Frage so kläglich Schiffbruch gelitten haben. Denn die Erwerbslosigkeit ist eine Dauererscheinung auch im Sowjetparadies, und die Bekämpfung der Not ist dort viel schlechter geregelt als bei uns in Deutschland. Nicht nur, daß lange Wartelisten festgesetzt sind, bis die russischen Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten, die Unterstüngen selbst bleiben auch weit hinter den deutschen Sätzen zurück und kommen nur privilegierten Arbeiterschichten zugute. Diese Tatsache beweist den demagogischen Charakter des kommunistischen Treibens, aber sie reicht noch nicht aus, um das kapitalistische System freizusprechen von Schuld und Fehle. Man muß sich schon tiefer in das Problem verfenken, als es den bolschewistischen Schreihälsen beliebt, um die wirklichen Zusammenhänge zu erkennen.

Man darf auch nicht nur den deutschen Kapitalismus anklagen; denn die Arbeitslosigkeit ist heute eine wirtschaftliche Weltepidemie. Alle Industriestaaten leiden mehr oder weniger darunter. England laboriert seit Jahren an einem Erwerbslosenheer von durchschnittlich zwei Millionen. Auch die Arbeiterregierung hat bisher vergeblich dagegen angekämpft. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in dem ebenfalls sozialistisch beherrschten Australien. Und in den Vereinigten Staaten — im glücklichen Amerika, im Lande der prosperity — zählt man gegenwärtig vier Millionen Arbeitslose. Nur Frankreich mit seinem geringen Bevölkerungswachstum ist verschont, und gerade ihm stoßt man die Reparationsmilliarden, aus dem Blut und Schweiß des darbenenden deutschen Volkes gepreßt, in die Taschen. Ein Beweis, daß immer noch Kriegsnachwirkungen die Hauptursachen des Elends sind, das so schwer auf uns lastet: die untragbaren Tribute auf der einen Seite und auf der anderen die Weigerung der Gläubiger, das Produkt unserer Arbeit, unsere Ware, anzunehmen, obwohl wir doch nur mit deren Export verdienen und zahlen können. Die Handelsbeziehungen der Vorkriegszeit sind zerrissen, neue Industrien werden überall aufgezehrt, und eine neue Art von Merkantilismus sperrt eifersüchtig die Landesgrenzen vor den fremden Gütern. In der Schlinge dieses Widerstandes von Zahlungserpressungen unter Entziehung von Arbeitsmöglichkeiten erstickt unsere Wirtschaft. Die Lösung ist aber kein „kapitalistisches“ Problem, sondern eine Aufgabe der Außenpolitik, und hier mündet die Frage der deutschen Arbeitslosennot in die übergeordnete Frage der Tributregelung. Daß der Youngplan nicht auf den Weg ins Freie führt, dafür erleben wir schon jetzt Tag für Tag die schlagendsten Beweise.

Wie steht es aber in Deutschland selbst? Sind hier nicht noch Kräfte am Werk gewesen, welche die aus der Politik und aus der Weltwirtschaft kommenden Antriebe zur Arbeitslosigkeit verschärft haben? Die Kommunisten und mit ihnen die Sozialdemokraten sind schnell fertig mit der Antwort: die Rationalisierung ist schuld. Rationalisierung, das heißt in diesem Sinne Profittucht der Unternehmer, Mechanisierung des Arbeitsprozesses, Vereinfachung der Produktionsweise zur Freilegung von menschlichen Arbeitskräften. Die Wirtschaftswissenschaft ist sich einig darüber, daß dieser Prozeß notwendig war, damit wir den Wettbewerb mit dem billiger produzierenden Ausland überhaupt noch aushalten können. Allerdings ist dabei im Eifer manchmal des Guten und Notwendigen etwas zuviel getan worden. Das wird auch von den Arbeitgeberverbänden anerkannt, wenn sie in ihrem Jahresbericht zu der Feststellung kommen, daß die Rationalisierung zu schädlichen Nebenwirkungen geführt habe, und daß man sich auf das volkswirtschaftlich Unvermeidliche hätte beschränken sollen. Inwieweit hier von der Wirtschaft wirklich gefordert worden ist, trifft sie jetzt auch die Strafe dadurch, daß sich die erparierten Löhne in erhöhte Ausgaben verwandelt haben. Professor Bonn formuliert den Gedanken so, daß „eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung das Abgelebte ist, das ein einsichtiger Kapitalismus dafür entrichten muß, daß der rückwärtslose technische Fort-